



| Landratsamt Rastatt | Untere Wiesen 6 | 76437 Rastatt |

Per Einschreiben mit Rückschein



SCHWEIZ

Landratsamt Rastatt

Straßenverkehrsamt
Fahrerlaubnisbehörde

Selina Jung

Zimmer: 110

Telefon: 07222 381-3226

Fax: 07222 381-3259

E-Mail: fahrerlaubnis@landkreis-rastatt.de

Datum:

Aktenzeichen

Die Europäische Datenschutzgrundverordnung sieht in Artikel 13 und 14 vor, dass die oder der Verantwortliche Sie als betroffene Person zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten informiert. Die Informationen für Sie als Betroffene*r finden Sie unter www.landkreis-rastatt.de/datenschutzhinweise. Wählen Sie dort das oben genannte Fachamt sowie Sachgebiet aus. Auf Wunsch senden wir Ihnen diese Information auch gerne in Papierform zu.

Aberkennung der ausländischen Fahrberechtigung im Inland

geb. am **wohnhaft in**

Sehr

hiermit ergeht gegen Sie folgende

Entscheidung:

1. Gemäß § 3 Abs. 1 Straßenverkehrsgesetz (StVG), § 46 Fahrerlaubnisverordnung (FeV), jeweils in der z.Zt. gültigen Fassung, wird Ihnen das Recht von Ihrer ausländischen Fahrerlaubnis im Inland Gebrauch zu machen mit sofortiger Wirkung aberkannt.
2. Die sofortige Vollziehbarkeit dieser Verfügung wird angeordnet.
3. Die Kosten des Verfahrens haben Sie zu tragen. Für diese Entscheidung wird eine Gebühr von 175,00 € und 5,10 € Zustellungskosten festgesetzt.

Kontakt

Landratsamt Rastatt
Untere Wiesen 6
76437 Rastatt
www.landkreis-rastatt.de

Öffnungszeiten

Mo. Di. Do. 07:30 - 16:00 Uhr
Mi. und Fr. 07:30 - 12:30 Uhr
Bitte vereinbaren Sie einen Termin.

Bankverbindung

Sparkasse Rastatt-Gernsbach
IBAN: DE06 6655 0070 0000 0033 92
SWIFT-BIC: SOLADES1RAS

Begründung:

I.

Sie haben am 2. August 2024 um 08:15 Uhr als Führer eines Kraftfahrzeugs unter dem Einfluss von berauschenden Mitteln (Amphetamin) am öffentlichen Straßenverkehr in Ottersweier, BAB5 AS Bühl – AS Achern teilgenommen. Die bei Ihnen am 2. August 2024 um 08:40 Uhr durchgeführte Blutentnahme erbrachte gemäß dem chemisch-toxikologischen Gutachten des forensisch-toxikologischen Centrum München vom 16. August 2024 den Nachweis eines Amphetamin-Werts von 42,2 ng/mL in Ihrem Blut.

II.

Das Landratsamt Rastatt ist zum Erlass dieses Bescheides sachlich und örtlich zuständig (§ 73 Abs. Fahrerlaubnis-Verordnung - FeV, § 3 Abs. 1 Nr. 3 Verwaltungsverfahrensgesetz für Baden-Württemberg – LVwVfG).

Gemäß des chemisch-toxikologischen Gutachtens des forensisch-toxikologischen Centrum München vom 16. August 2024 wurde der Nachweis eines Amphetamin-Werts von 42,2 ng/ml in Ihrem Blut geführt. Damit ist der Konsum von Amphetamin belegt.

Wer Betäubungsmittel im Sinne des Betäubungsmittelgesetzes (mit Ausnahme von Cannabis) einnimmt, ist ungeeignet zum Führen von Kraftfahrzeugen (vgl. § 46 Abs. 1 FeV i.V.m. Nr. 9.1 der Anlage 4 zur FeV). Bereits eine erst- bzw. einmalige von Betäubungsmitteln im Sinne des Betäubungsmittelgesetzes (mit Ausnahme von Cannabis) schließt die Fahreignung aus. Auf eine Straßenverkehrsteilnahme im berauschten Zustand kommt es hierbei nicht an. Ebenso wenig bedarf es weiterer Zusatztatsachen. Durch den Konsum von Amphetamine haben Sie Ihre Fahreignung verloren.

Zur Überzeugung des Landratsamtes Rastatt steht aufgrund des Sachverhaltes Ihre Nichteignung zum Führen von Kraftfahrzeugen fest. Gründe, die dafür sprächen, dass Sie Ihre Fahreignung in der Zwischenzeit wiedererlangt haben, sind nicht ersichtlich. Wurde ein fahreignungsausschließender Betäubungsmittelkonsum festgestellt, ist in analoger Anwendung der Nr. 9.5 der Anlage 4 zur FeV ein in der Regel 12-monatiger Abstinenznachweis erforderlich. Den Nachweis einer einjährigen Abstinenz können Sie zum jetzigen Zeitpunkt nicht führen, eine positive Prognose ist daher nicht möglich. Die Anordnung einer medizinisch-psychologischen Untersuchung gemäß § 46 Abs. 3 i.V.m. §§ 11, 14 Abs. 1 Satz 4 FeV unterbleibt daher (§ 46 Abs. 3 i.V.m. § 11 Abs. 7 FeV). Das Landratsamt Rastatt ist bei feststehender Nichteignung ohne weitere Aufklärungsmaßnahmen zur sofortigen Entziehung der Fahrerlaubnis berechtigt.

Im Rahmen eines Fahrerlaubnisentziehungsverfahrens ist ohne Beachtung einer „verfahrensrechtlichen“ Jahresfrist bzw. sonstiger starrer zeitlicher Vorgaben grundsätzlich vom Fortbestand einer zuvor festgestellten oder feststellbaren Fahrungeeignetheit auszugehen, solange der materielle Nachweis der Wiedererlangung der Fahreignung nicht erbracht worden ist. Vielmehr spricht bereits der Wortlaut von Nr. 9.5 der Anlage 4 zur Fahrerlaubnis-Verordnung dafür, die (Wieder-)Erlangung

der Fahreignung nach deren Verlust aufgrund der Einnahme von Drogen an ein (materielles) Nachweiserfordernis und nicht lediglich an den Ablauf der Jahresfrist zu knüpfen. Die Befugnis der Fahrerlaubnisbehörde, auch in Fällen der Überschreitung der „verfahrensrechtlichen“ Jahresfrist bei gleichzeitiger Abstinenzbehauptung von einer fortbestehenden Fahrungeeignetheit des Betroffenen auszugehen und nach § 11 Abs. 7 FeV zu verfahren, beeinträchtigt auch nicht in unzumutbarer Weise Rechte des betroffenen Fahrerlaubnisinhabers. Denn diesem steht die Möglichkeit offen, unmittelbar nach dem Abstinenzentschluss entsprechende Nachweise zu erbringen, d.h. sich in unregelmäßigen Abständen unter forensisch anerkannten Bedingungen labormedizinisch untersuchen zu lassen. (ständige Rechtsprechung, vgl. nur VGH Mannheim vom 07. April 2014, Az. 10 S 404/14).

Einen materiellen, den CTU-Kriterien entsprechenden 12-monatigen Abstinenzbeleg können Sie zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorlegen. Es ist daher weiterhin von Ihrer Nichteignung auszugehen.

Die Rechtsgrundlagen der behördlichen Maßnahmen haben das Ziel, Kraftfahrer vom Straßenverkehr fernzuhalten, die zum Führen von Kraftfahrzeugen nicht geeignet sind. Im Hinblick auf den sicherheitsrelevanten Charakter des Straßenverkehrsrechts ist dabei die Vermeidung künftiger Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung durch Teilnahme von Drogenkonsumenten am Straßenverkehr von wesentlicher Bedeutung. Dementsprechend sind im Regelfall Personen, die Betäubungsmittel im Sinne des Betäubungsmittelgesetzes (mit Ausnahme von Cannabis) regelmäßig als ungeeignet zum Führen von Kraftfahrzeugen anzusehen. Weder sind Umstände ersichtlich noch vorgetragen, die zur Annahme eines besonders gelagerten Einzelfalls führen könnten. Das Landratsamt Rastatt kann daher vom Vorliegen eines Regelfalls im Sinne der Vorbemerkung 3 der Anlage 4 zu § 14 FeV ausgehen und die Fahrerlaubnis sofort entziehen

Das Landratsamt Rastatt konnte nur die genannte Entscheidung treffen, da die gesicherte Vermeidung von Fahrten unter Drogeneinfluss von Ihnen zu fordern ist und aufgrund des unter I. genannten Sachverhalts von einer Nichteignung ausgegangen werden muss (§ 3 Abs. 1 StVG; § 46 Abs. 1 FeV i.V.m. Nr. 9.1 der Anlage 4 zur FeV). Ebenso ist sicherzustellen, dass ein sich als ungeeignet erweisender Fahrerlaubnisinhaber, nicht weiterhin im Besitz der Fahrerlaubnis bleibt.

Bei einer ausländischen Fahrerlaubnis hat die Entziehung die Wirkung einer Aberkennung des Rechts, von der Fahrerlaubnis im Inland Gebrauch zu machen (§ 46 Abs. 5 FeV).

Mit der Entziehung erlischt die Fahrerlaubnis. Bei einer ausländischen Fahrerlaubnis erlischt das Recht zum Führen von Kraftfahrzeugen im Inland (§ 46 Abs. 6 FeV).

Vorsorglich wird darauf aufmerksam gemacht, dass vom Tag der Zustellung dieser Verfügung an fahrerlaubnispflichtige Kraftfahrzeuge im öffentlichen Straßenverkehr im Inland nicht mehr geführt werden dürfen.

Die Ziffer 2 dieser Verfügung beruht auf § 80 Abs. 2 Ziffer 4 der Verwaltungsgerichtsordnung. Danach kann der sofortige Vollzug im besonderen öffentlichen Interesse angeordnet werden. Durch den oben genannten Sachverhalt haben Sie sich als ungeeignet zum Führen von Kraftfahrzeugen erwiesen.

Die Allgemeinheit muss vor der Gefahr geschützt werden, die von ungeeigneten Kraftfahrern ausgeht. Wer unter Einfluss von Betäubungsmitteln am Straßenverkehr teilnimmt, stellt ein erhebliches Gefährdungspotential für sich selbst und andere Verkehrsteilnehmer dar. Auch wer Betäubungsmittel einnimmt, stellt ein erhebliches Risiko für den öffentlichen Straßenverkehr dar. Das öffentliche Interesse, welches den Schutz der höchsten Rechtsgüter – Leben und Gesundheit – umfasst, überwiegt Ihr privates oder auch berufliches Interesse am weiteren Gebrauch der Fahrerlaubnis. Das Landratsamt übersieht dabei nicht die Schwere des Eingriffs, den der Verlust der Fahrerlaubnis für Sie beruflich und/oder auch privat nach sich zieht. Nachteile, die für Sie mit der Entziehung der Fahrerlaubnis verbunden sind, müssen jedoch im Hinblick auf den hohen Rang der durch die Verkehrsteilnahme eines ungeeigneten Fahrerlaubnisinhabers gefährdeten Rechtsgüter anderer Verkehrsteilnehmer zurücktreten.

Sie haben sich durch die Einnahme von Amphetaminen als fahrungseignet erwiesen. Bei einer Teilnahme am Straßenverkehr unter Einfluss von Amphetaminen ist von einem erheblich erhöhten Gefährdungspotential für andere Verkehrsteilnehmer auszugehen. Drogen wie Amphetamine können aufgrund des besonderen Wirkungsablaufes jederzeit unvorhersehbar und plötzlich die Leistungsfähigkeit eines Fahrers beeinträchtigen oder unter das erforderliche Maß herabsetzen. Es besteht die Gefahr, dass auch bei sonst unauffälligem Verhalten des Konsumenten Fehlreaktionen gerade in kritischen Momenten spontan auftreten können, wenn komplexe Situationen nicht erkannt oder falsch eingeschätzt werden. Dies führt zu einer messbaren, signifikanten Erhöhung der Zahl der Fahrfehler. Der Einfluss der Droge verlängert die Reaktionszeit, schränkt die Wahrnehmungs- und Konzentrationsfähigkeit ein und verschlechtert das dynamische und räumliche Sehen. Es kommt zu Leistungsüberschätzungen und riskantem Fahrverhalten. Eine weitere verkehrsgefährdende Wirkung liegt in dem Auseinanderklaffen zwischen subjektiv empfundener Betäubungsmittelbeeinflussung und objektiver Leistungsminderung.

Im Interesse der Verkehrssicherheit gilt es, gerade auch angesichts der hohen Dunkelziffer bei Drogenfahrten, ungeeignete Personen schnellstmöglich an einer weiteren Verkehrsteilnahme zu hindern und mögliche Gefährdungen auszuschließen. Darüberhinausgehende Gründe, die im Abwägungsprozess zu einer anderen Entscheidung hätten führen können, sind nicht ersichtlich.

Im Übrigen ergibt sich das besondere öffentliche Interesse an der sofortigen Vollziehung im Bereich des Sicherheitsrechts häufig – so auch hier – gerade aus den Gesichtspunkten, die für den Erlass des Verwaltungsaktes selbst maßgebend waren (BayVGH vom 14. Dezember 1994, NZV 1995, 167).

Das besondere öffentliche Interesse verlangt, dass zum Führen von Kraftfahrzeugen ungeeignete Personen sofort an der weiteren Teilnahme am Straßenverkehr gehindert werden. Dies ist nur möglich, wenn die Entziehung der Fahrerlaubnis mit der Zustellung des Bescheides wirksam wird. Zudem ist bei Betäubungsmittelkonsumenten die Gefahr später auftretender flash-backs, verursacht durch die Einnahme harter Drogen zu nennen. Daneben besteht die nicht unerhebliche Rückfallgefahr sowie mit der Einnahme von Amphetaminen einhergehende Gefahren für die körperliche und geistige Gesundheit wie beispielsweise die Entwicklung von Psychosen, Wahnvorstellungen, Halluzinationen, Persönlichkeitsveränderungen, generelle und irreversible Beeinträchtigungen der allgemeinen Leistungsfähigkeit.

Die Ziffer 4 dieser Verordnung beruht auf den § 1,2,3 und 4 der Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr in Verbindung mit Ziffer 206 des Gebührentarifes für Maßnahmen im Straßenverkehr in der z.Zt. gültigen Fassung.

Ihr Recht

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats Widerspruch beim Landratsamt Rastatt, Am Schlossplatz 5 in 76437 Rastatt, erhoben werden.

Bitte beachten Sie, dass ein Widerspruch gegen diesen Bescheid wegen der Anordnung der sofortigen Vollziehung keine aufschiebende Wirkung hat, d.h. Sie dürfen ab Zustellung dieses Schreibens kein Kraftfahrzeug mehr im öffentlichen Straßenverkehr im Inland führen und müssen Ihren Führerschein innerhalb der gesetzten Frist beim Landratsamt Rastatt zur Aufbringung eines Sperrvermerks vorlegen, auch wenn Sie Widerspruch erheben.

Freundliche Grüße



Anlage(n)

-1- Gebührenbescheid

Hinweis

Möchten Sie aufgrund dieses Schreibens persönlich bei der Fahrerlaubnis vorsprechen machen wir Sie darauf aufmerksam, dass dies nur nach **Terminvereinbarung** möglich ist.



| Landratsamt Rastatt | Untere Wiesen 6 | 76437 Rastatt |



SCHWEIZ

Landratsamt Rastatt

Straßenverkehrsamt
Fahrerlaubnisbehörde

Selina Jung

Zimmer: 110

Telefon: 07222 381-3226

Fax: 07222 381-3259

E-Mail: fahrerlaubnis@landkreis-rastatt.de

Datum: [REDACTED]

Aktenzeichen [REDACTED]

Die Europäische Datenschutzgrundverordnung sieht in Artikel 13 und 14 vor, dass die oder der Verantwortliche Sie als betroffene Person zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten informiert. Die Informationen für Sie als Betroffene*r finden Sie unter www.landkreis-rastatt.de/datenschutzhinweise. Wählen Sie dort das oben genannte Fachamt sowie Sachgebiet aus. Auf Wunsch senden wir Ihnen diese Information auch gerne in Papierform zu.

Gebührenbescheid

Sehr geehrte [REDACTED]

nach § 6a Straßenverkehrsgesetz (StVG), §§ 1 bis 4 der Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr (GebOSt) in Verbindung mit den aufgeführten Gebührennummern werden folgende Gebühren festgesetzt.

Gebührennummer	Gebühr	Bezeichnung
206	175,00 EUR	- Entziehung/Versagung o. Eignungsüberprüfung
399.4	5,10 EUR	- PZU
Gesamtbetrag	180,10 EUR	

Bitte überweisen Sie den Gesamtbetrag unter Angabe des Buchungszeichens [REDACTED] auf das unten aufgeführte Konto. Der Gesamtbetrag ist sofort fällig.

Freundliche Grüße
Ihre Führerscheinstelle

Ihr Recht

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats Widerspruch beim Landratsamt Rastatt, Am Schlossplatz 5 in 76437 Rastatt, erhoben werden. Bitte beachten Sie, dass ein Widerspruch gegen die Gebührenentscheidung keine aufschiebende Wirkung hat, d.h. die Gebühren sind sofort zur Zahlung fällig, auch wenn Sie Widerspruch erheben. Sie können aber beim Verwaltungsgericht Karlsruhe, Nördliche Hildapromenade 1 in 76133 Karlsruhe beantragen, dass die aufschiebende Wirkung des Widerspruches angeordnet wird.

Kontakt

Landratsamt Rastatt
Untere Wiesen 6
76437 Rastatt
www.landkreis-rastatt.de

Öffnungszeiten

Mo, Di und Do 7:30 - 16:00 Uhr
Mi und Fr 7:30 - 12:30 Uhr
Bitte vereinbaren Sie einen Termin.

Sparkasse Rastatt-Gernsbach

IBAN: DE06 6655 0070 0000 0033 92
SWIFT-BIC: SOLADES1RAS